

# Politradar Wasser 43

Eawag und Wasser-Agenda 21 haben für Sie eine Auswahl von wasserpolitisch relevanten Informationen der vergangenen Monate zusammengestellt. Die Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir wünschen eine spannende Lektüre!

## [Bisherige Ausgaben des Politradars](#)

Für Hinweise oder Rückfragen wenden Sie sich bitte an [info@eawag.ch](mailto:info@eawag.ch).

---

## Volksabstimmungen (Initiativen)

- 07.01.2025 [Neuer Anlauf zu einer Volksinitiative für Konzernverantwortung](#): Auslöser sind strengere EU-Regeln. Die Konzernverantwortungsinitiative wurde 2020 von den Stimmenden angenommen, scheiterte aber am Ständemehr.
- 14.01.2025 Die Volksinitiative [“Ja zur tierversuchsfreien Zukunft” ist zustande gekommen.](#)
- 09.02.2025 Das Stimmvolk lehnt die [Umweltverantwortungsinitiative](#) mit fast 70% Nein ab. Das Begehren hatte auch Wasserverbrauch, Stickstoff- und Phosphoremissionen sowie Biodiversitätsschutz eingeschlossen.

---

## Bundesrat

- 06.12.2024 Der Bundesrat stellt seinen Bericht [“Analyse des Wasserkraftpotenzials der Gletscherschmelze”](#) vor, dies in Erfüllung von Postulat [21.3974](#) der UREK-N. Der Bericht lotet ein theoretisches Potenzial von zusätzlich 1470 GWh/a Stromproduktion in periglazialen Bereichen aus; bei der steuerbaren Winterproduktion sind es 2430 GWh/a, da in neuen Becken auch bereits heute turbinirtes Wasser neu gespeichert werden könnte. Allerdings würde nur ein sehr kleiner Teil der Anlagen (20 GWh) keine schützenswerten Auengebiete betreffen; Konflikte wären also bei einer Nutzung programmiert, auch weil ein Teil des Potenzials in BLN-Gebieten oder Unesco Welterbestätten liegt. Eine Interessenabwägung könne daher nur für

konkrete Projekte erfolgen, hält der Bericht fest. Siehe dazu auch Information des Wasserwirtschaftsverbandes: [SWV](#).

- 13.12.2024 Der Bundesrat verabschiedet die [Botschaft zur Volksinitiative "Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert \(Initiative für eine Zukunft\)"](#). Er lehnt die Initiative der Jungsozialisten ohne direkten Gegenentwurf oder indirekten Gegenvorschlag ab.
- 10.01.2025 Schon am 27.9.2024 hat der Bundesrat eine [Revision des bäuerlichen Bodenrechts in Vernehmlassung geschickt](#). Am 10.1. - mit Abschluss der Anhörungsfrist - hat das BLW dazu mehr Informationen aufs Netz gestellt und entkräftet die Befürchtungen von Umweltschutzverbänden und Kantonsvertretern. Diese erklären, mit den geplanten Änderungen würde es praktisch unmöglich, Landwirtschaftsland für Naturschutzprojekte zu erwerben. Aktuell kann die öffentliche Hand Ersatz anbieten, wenn ein Bauer wegen Hochwasserschutzmassnahmen sein Grundstück verliert. Diese Möglichkeit falle mit der Revision weg, wodurch auch der Hochwasserschutz massiv erschwert würde. Siehe dazu auch NZZ vom 4.1.: [Hochwasserschutz soll durch Revision des bäuerlichen Bodenrechts geschwächt werden](#).
- 15.01.2025 Der BR präzisiert die Jagdverordnung: Die Kantone können ab Februar [einzelne Biber schiessen](#), "wenn sie erhebliche Schäden anrichten oder Menschen gefährden."
- 29.01.2025 [Postulatsbericht](#) des Bundesrats: Abbauprodukte von Chlorothalonil übersteigen im Trinkwasser in gewissen Regionen der Schweiz den erlaubten Höchstwert. Siehe [Medienmitteilung](#) und Postulat [20.4087](#) Christophe Clivaz (GPS/VS).
- 29.01.2025 Der Bundesrat sendet das ["Entlastungspaket 27"](#) in Vernehmlassung mit einem Sparvolumen von total 2.7 bis 3.6 Milliarden Franken pro Jahr. Unter den 59 vorgeschlagenen Massnahmen befinden sich auch solche, die den Hochwasser- und Gewässerschutz (Kürzung von Verbundaufgaben bei den Kantonen) sowie die Wasser-/Gewässersforschung betreffen (Kürzung Kredite ETH-Bereich und Ressortforschung). Die Frist für Stellungnahmen läuft bis zum 5. Mai.
-

## Parlament (NR = Nationalrat, SR = Ständerat)

- 05.12.2024 Der SR nimmt gegen die Empfehlung des BR die Motion Werner Salzmann (SVP/BE) an ([23.4379](#)), wonach das GschG an die praktizierte Nutztierhaltung angepasst werden soll. In einem Landwirtschaftsbetrieb mit erheblichem Nutztierbestand soll es zulässig sein, dass das häusliche Abwasser zusammen mit dem Hofdünger landwirtschaftlich verwertet wird.
- 05.12.2024 Der SR nimmt drei Erlasse ([24.044](#)), ohne Gegenstimme an für den Hochwasserschutz am Alpenrhein: das neue Bundesgesetz über die Verbesserung des Hochwasserschutzes am Rhein von der Illmündung bis zum Bodensee (Alpenrheinggesetz), den dazugehörigen Verpflichtungskredit sowie den Bundesbeschluss zum neuen, insgesamt vierten Staatsvertrag zum Hochwasserschutz am Alpenrhein. Die Kosten auf Schweizer Seite belaufen sich auf gut eine Milliarde Franken, verteilt über einen Zeitraum von 27 Jahren. 80 Prozent davon trägt der Bund, 20 Prozent der Kanton St. Gallen. Am 9.12. stimmt auch der NR zu.
- 09.12.2024 Ständerätin Céline Vara (GPS/NE) reicht eine Motion ein ([24.4317](#)), die mit einem "Aktionsplan Fische" lebendige Gewässer verlangt. Unter anderem soll der Bund die Einrichtung von nationalen Schutzgebieten für Fische und Krebse in Flüssen und Seen prüfen, verlangt Vara.
- 17.12.2024 sowie 19.12. (SR) und 21.12. (NR): Das Parlament diskutiert den Beschleunigungserlass [23.051](#) zum Energiegesetz. Damit sollen Planungs- und Bewilligungsverfahren für Wasser-, Solar- und Windkraftwerke gestrafft werden, u.a. dadurch, dass Ersatzmassnahmen nicht mehr vor Erteilung einer Bewilligung, sondern auch durch finanzielle Rückstellungen sichergestellt werden könnten. Wollte der NR noch darauf verzichten, will der SR gegen die im Energie-Mantelerlass erwähnten 16 Wasserkraft-Projekte keine Verbandsbeschwerden zulassen. Siehe dazu auch Position des Verbandes [Aqua Viva](#). Aktuell läuft die Differenzbereinigung in der UREK-N.
- 20.12.2024 NR Hasan Candan (SP/LU) reicht eine Interpellation ein ([24.4555](#)), wonach die Biodiversität auch im Grundwasser erfasst und geschützt werden soll.

- 20.12.2024 NR Leo Müller (Mitte/LU) reicht eine Motion ein ([24.4589](#)), die ein "realistisches Monitoring für den Gewässerschutz" verlangt. Der Vorstoss will festlegen, dass für Pestizide im Gewässer erst dann neue, spezifische Grenzwerte festgelegt werden müssen, wenn die geltenden Grenzwerte in mind. 20% der beprobten Gewässer und in vier von fünf Jahren überschritten werden. Das aktuelle Gewässermonitoring sei "allzu fürsorglich", der Landwirtschaft würden Wirkstoffe für den Pflanzenschutz entzogen, begründet Müller. Siehe auch [Medienmitteilung 4aqua](#) vom 21.1.2025.
- 20.12.2024 Benjamin Roduit (EVP/VS) reicht eine parlamentarische Initiative ein ([24.476](#)), die im Wesentlichen dasselbe verlangt wie die im Sammelstadium gescheiterte Volksinitiative der Kleinwasserkraftwerkbetreiber um SwissSmallHydro: "Jede kWh erneuerbare Energie zählt." Damit sollen kleine Wasserkraftwerke gleich behandelt werden wie grosse.
- 20.12.2024 Der NR verschiebt die Diskussion über die Interpellation [24.4138](#) Fabien Fivaz (GPS/NE) zu Zuständen im UVEK in Sachen Biodiversität und über die Interpellation [24.4137](#) von Florence Brenzikofer (GPS/BL) zu PFAS. Beide Interpellanten waren nicht zufrieden mit der jeweiligen Antwort des Bunderats.
- 20.12.2024 Der NR erledigt die Interpellation [24.4180](#) von Michael Töngi (GPS/LU) zu einer Versuchsstation für die Reduktion der Ammoniakemissionen im Kanton LU. Der Bundesrat stellt für die Agrarpolitik ab 2030 eine Erhöhung der Transparenz und Kostenwahrheit im Bereich der Minderung der Ammoniakverluste in Aussicht.
- Dez. 2024 **Weitere neu eingereichte Vorstösse mit Wasserbezug (Auswahl):**
- 17.12.2024 Motion [24.4375](#) Olivier Feller (FDP/VD): Gezielte Massnahmen gegen die Ungleichbehandlung von Pflanzenschutzmitteln bei der Zulassung in der Schweiz und beim Parallelimport
- 18.12.2024 Motion [24.4442](#) Delphine Klopfenstein Broggin (GPS/GE): Ist unser Trinkwasser durch ewige Schadstoffe PFAS bedroht?

- 18.12.2024 Motion [24.4408](#) Brenda Tuosto (PS/VD):  
Wiederverwendung von aufbereitetem Wasser. Eine Notwendigkeit, um der Häufung von Wasserstress-Episoden entgegenzutreten
- 18.12.2024 Interpellation [24.4445](#) Baptiste Hurni (PS/NE):  
Sozioökonomische Situation der Fischerinnen und Fischer in der Schweiz. Welche Förderungs- und Unterstützungsmassnahmen?
- 19.12.2024 Interpellation [24.4489](#) Kilian Baumann (GPS/BE): Zahl der neu zuzulassenden Pflanzenschutzmittel bei einer Umsetzung der parlamentarischen Initiative "modernen Pflanzenschutz in der Schweiz ermöglichen"
- 19.12.2024 Interpellation [24.4510](#) Florence Brenzikofer (GPS/BL):  
PFAS und TFA treten flächendeckend im Grundwasser auf: Wann werden die Höchstwerte angepasst?
- 19.12.2024 Interpellation [24.4518](#) Claudia Friedl (SP/SG): Wirksamer Trinkwasserschutz durch Bestimmung der Zuströmbereiche – wo stehen wir bei der Umsetzung?
- 19.12.2024 Motion [24.4515](#) Marcel Dobler (FDP/SG): eSurfboards und eFoils auf Schweizer Gewässern zulassen
- 20.12.2024 Interpellation [24.4569](#) Aline Trede (GPS/BE): Ist die Umsetzung des Aktionsplans Pflanzenschutzmittel tatsächlich auf Kurs?
- 20.12.2024 Interpellation [24.4571](#) Manuela Weichelt (GPS/ZG):  
Welche Verantwortung und Möglichkeiten hat der Bund, die Sanierung überdüngter Seen zu beschleunigen?
- 20.12.2024 Motion [24.4645](#) Claudia Friedl (SP/SG): S-Metolachlor und Co. Transparenten Umgang mit der Trinkwasserqualität als Standard einführen
- 20.12.2024 Motion [24.4647](#) Christine Badertscher (GPS/BE): Ausfuhr von Pflanzenschutzmitteln: Lücken in der Regulierung schliessen
- 20.12.2024 Interpellation [24.4673](#) Aline Trede (GPS/BE): PFAS - wann ist endlich genug?
- 20.12.2024 Interpellation [24.4561](#) Hasan Candan (SP/LU):  
Unzureichender Aktionsplan Biodiversität II. Weshalb

ignoriert der Bundesrat Fakten und die Empfehlungen des Berichts der GPK-S?

20.12.2024

Motion [24.4698](#) Meret Schneider (GPS/ZH): Keine kantonalen Ausnahmen des Widerhakenverbots

---

## Kantone (Auswahl)

16.12.2024

Kanton Aargau: [Gülletransporte am Hallwilersee](#): Das grösste Aargauer Flachmoor von nationaler Bedeutung ist in Gefahr, weil in der Nähe Gülle ausgetragen wird. Nun verlangt auch der Bund mehr Schutz.

09.01.2025

Das Tessin soll ein umfassendes Wassergesetz bekommen, in dem acht bisherige Erlasse zusammengefasst sind. Die Vorlage ist nun im Kantonsrat, ist aber schon seit fünf Jahren im Hintergrund in Beratung. Umstritten sind vor allem die Wasserabgaben für die Landwirtschaft. Siehe [Beitrag auf RSI](#).

10.01.2025

[Tiefe Belastung mit PFAS im Kanton Schaffhausen](#): Trinkwasser und Milch sind gar nicht oder deutlich unter den heute gültigen Höchstwerten in der Schweiz und den strengeren in der EU belastet.

---

## Weiteres

26.08.2024

**Nachtrag:** Die eidg. Finanzkontrolle EFK präsentiert ihren [Bericht zum Umgang des Bundes mit problematischen \(giftigen\) Stoffen](#): Das Verursacherprinzip wird zu wenig konsequent angewendet. Für Sanierungen zahlt fast immer die öffentliche Hand. Bessere Monitoringstrukturen für Wasser, Boden, Luft sind auch aus volkswirtschaftlicher Sicht nötig.

---

## Ausblick

Deutschland/EU: [Die Oberflächengewässerkörper in Deutschland weisen einen schlechten ökologischen und chemischen Zustand auf \(EUWID 5.2.2025\)](#). Diese Feststellung trifft die Europäische Kommission, welche die aktuellen Berichte über den Zustand der Gewässer in der Europäischen Union veröffentlicht hat. Europas Gewässer stehen den Berichten zufolge insgesamt vor grossen Herausforderungen, von der Verschmutzung über die Bedrohung der Wasserversorgung bis hin zur unzureichenden Hochwasservorsorge. Jessika Roswall, EU-Kommissarin für Umwelt, Wasserversorgung und eine

wettbewerbsfähige Kreislaufwirtschaft, kündigte an, eine umfassende Wasserresilienzstrategie vorzulegen.

Nebst den erwähnten neuen Vorstössen und dem Beschleunigungserlass ([23.051](#)) zum EnG werden in Bern auch die Debatten um Pestizide und deren Zulassung weitergehen. Ein [Bericht von SRF \(5.2.2025\)](#) macht öffentlich, wie hinter den Kulissen um die Zulassung (und Wiedezulassung) von Pestiziden gerungen wird und wie stark die Interessen zwischen landwirtschaftlicher Produktion und Gewässerschutz aufeinanderprallen. Für das umstrittene Insektizid Deltamethrin zum Beispiel soll kein stoffspezifischer Grenzwert in die GschV aufgenommen werden, obwohl klar ist, dass es die Gewässer stark belastet. Siehe dazu auch die parlamentarische Initiative “Modernen Pflanzenschutz in der Schweiz ermöglichen” ([22.441](#)), die den Wasserversorgern Kopfzerbrechen macht, weil Zulassungen aus der EU in der Schweiz ungeprüft übernommen werden sollen.



### Eawag

Überlandstrasse 133 | CH-8600 Dübendorf  
Tel. +41 58 765 51 04 | [andri.bryner@eawag.ch](mailto:andri.bryner@eawag.ch)



### Wasser-Agenda 21

Forum Chriesbach | Überlandstrasse 133 | CH-8600 Dübendorf  
Tel. +41 58 765 67 80 | [yvonne.zollinger@wa21.ch](mailto:yvonne.zollinger@wa21.ch)



Diese E-Mail wurde an {{contact.EMAIL}} gesendet.  
Sie haben diese E-Mail erhalten, weil Sie sich für unsere Mitteilung angemeldet haben.

[Abmelden](#) / [Profil bearbeiten](#)